

12/2008

2015
aktuell

17. Dezember 2008

1. **Doha-Konferenz sendet positive Signale für Entwicklungsländer**
2. **Klimakonferenz mit enttäuschendem Ergebnis**
3. **BMZ-Etat mit erheblichem Zuwachs**
4. **60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte**
5. **Bioenergie in der Diskussion**
6. **Neue Initiativen für Geschlechtergerechtigkeit gefordert**
7. **Weltaidstag**
8. **Lohnungleichheit wächst weltweit**

Kurz notiert

Termine

1. Doha-Konferenz sendet positive Signale für Entwicklungsländer

Vom 29. November bis 2. Dezember fand in Doha/Katar die zweite internationale Konferenz für Entwicklungsfinanzierung statt. Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen bekräftigen mit der Doha-Erklärung die Ziele und Vereinbarungen des Konsens von Monterrey, der 2002 auf der ersten Konferenz für Entwicklungsfinanzierung verabschiedet worden war. Darüber hinaus wurden einige neue Akzente gesetzt: Die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Kapitalflucht wurde stärker herausgestellt, Gleichstellung und Empowerment von Frauen erhielten mehr Gewicht. Einige seit Monterrey auf nationaler oder regionaler Ebene gestartete Initiativen der Entwicklungsfinanzierung werden mit der Doha-Erklärung auch von den Vereinten Nationen als Ganzes anerkannt. So wird der Stufenplan der Europäischen Union zur Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) bestätigt und gewürdigt und auch andere Geber werden aufgefordert, konkrete Zeitpläne zur Steigerung der ODA aufzustellen. Zudem wurden einige Aspekte zur qualitativen Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit aus der Accra Agenda for Action

der OECD in die Erklärung übernommen. Innovative Finanzierungsquellen wie die Erlöse aus dem Emissionshandel sollen zur Armutsbekämpfung genutzt werden. Angesichts der akuten Finanzkrise wurde die Einberufung einer von den Vereinten Nationen ausgerichteten internationalen Konferenz auf höchster Ebene zu den Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf Entwicklung beschlossen. (www.un.org/esa/ffd/doha)

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul bewertet das Ergebnis von Doha als einen „Erfolg im Kampf gegen die Armut“. Der Doha-Konsens – so Wieczorek-Zeul – schließe an den Monterrey-Konsens aus dem Jahr 2002 an und bringe ihn auf die Höhe der Zeit. Die Konferenz habe deutliche Zeichen gesetzt und gezeigt, dass zur Bekämpfung der globalen Armut mehr Mittel erforderlich sind. Die Industrieländer müssten ihre Anstrengungen erhöhen und die Qualität der Hilfe steigern. Gleichzeitig sei es die Aufgabe der Entwicklungsländer ihre eigenen Steuersysteme und Steuereinnahmen auszubauen und die Korruption zu bekämpfen, um Erfolge im Kampf gegen die Armut zu erzielen. (www.bmz.bund.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2008/dezember/20081202_doha_a_bschluss/index.html)

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) begrüßte den erzielten Konsens der Doha-Konferenz. Die stellvertretende Vorsitzende Christa Randzio-Plath erklärte, dass die ärmsten Länder zusätzliche Mittel bräuchten, um die Krise abzufedern. Von Doha sei das positive Signal ausgegangen, dass sie nicht im Stich gelassen werden. Allerdings, so kritisiert VENRO, habe der Doha-Konsens im Hinblick auf die Reform des Welthandels- und Finanzsystems keinen entscheidenden Fortschritt im Vergleich zum Monterrey-Konsens gebracht. Viele Probleme wurden richtig benannt, aber ihre Lösung wurde erneut vertagt, betonte Christa Randzio-Plath. (www.venro.org/311.html)

Auch das Entschuldungsbündnis erlassjahr.de hat die Ergebnisse der Doha-Konferenz begrüßt. Es sei ein positives Zeichen, so [erlassjahr](http://erlassjahr.de)-Koordinator Jürgen Kaiser, dass die Reform der globalen Finanzarchitektur nicht allein in den Händen der G20, sondern aller UN-Staaten liegen wird. Die beschlossene internationale Konferenz zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf Entwicklungsländer biete Chancen, Reformen auf dem Weg zu bringen, die auch den Ärmsten konkret helfen. Als positives Beispiel für notwendige weitere Schuldenumwandlungen sieht Kaiser das neue „Debt2Health“-Programm zwischen Deutschland und Pakistan, das einen Schuldenerlass für Pakistan zugunsten von Gesundheitsprogrammen vorsieht. (www.erlassjahr.de/blog/2008/12/03/un-wieder-mit-in-der-diskussion-um-welt-finanzarchitektur/)

Aus Sicht der kirchlichen Hilfswerke MISEREOR und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) weist das Ergebnis der Konferenz zwar in die richtige Richtung. Es sei aber sehr bedauerlich, so EED-Vorstand Wilfried Steen, dass es nicht deutlicher zugunsten der Bevölkerungen der ärmsten Länder ausgefallen ist. Bernd Bornhorst, Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik bei MISEREOR, forderte eine umfassende Reform des internationalen Finanz- und Wirtschaftssystems ein, um Armut und Unterentwicklung dauerhaft zu bekämpfen. Diese müsse auch ein international abgestimmtes Vorgehen gegen Steueroasen und Steuerflucht, eine gleichberechtigte Beteiligung des Südens bei der Lenkung der Weltbank und dem

Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie eine Mandatierung der Vereinten Nationen als Koordinator der notwendigen Reformschritte beinhalten. (www.misereor.de/presse/detailansicht-presse/article/konferenz-zur-entwicklungsfinanzierung-in-doha.html); (www.eed.de/de/de.eed/de.eed.press/de.presse.298/)

Die „Women´s Working Group on Financing for Development“ begrüßte die Betonung von Geschlechtergerechtigkeit und wirtschaftlichem Empowerment von Frauen im Doha-Konsens ebenso wie die darin enthaltene Forderung nach einem Abbau jeglicher Art von geschlechtsspezifischer Diskriminierung im Hinblick auf Arbeits- und Finanzmärkte sowie im Zugang zu Besitzrechten. Die Verpflichtungen der Staats- und Regierungschefs erhielten jedoch nur wirkliche Bedeutung, wenn sie auch im Follow-Up Prozess ausreichend einbezogen und im Zusammenhang mit grundlegenden Fragen von Armut und Machtungleichgewichten im Rahmen der globalen politischen Ökonomie angegangen würden. Dies sei zentral, da makroökonomische, systemische und finanzielle Themen nicht geschlechtsneutral seien, sondern oftmals weitaus gravierendere Folgen für Frauen als für Männer hätten. (www.awid.org/eng/Women-in-Action/Announcements2/Good-but-not-Enough-Women-s-Rights-and-Gender-Equality-in-Doha-2008)

Oxfam wertet es als positives Signal, dass die Doha-Konferenz die Notwendigkeit betont hat, weltweit die entwicklungspolitischen Anstrengungen zu steigern. Richtige Analysen und starke Worte übersetzten sich aber nur unzureichend in entschiedenes Handeln. So spielten beispielsweise Innovative Finanzierungsinstrumente lediglich am Rande der Konferenz eine Rolle, während stärkere neue Impulse zu ihrer Einführung fehlten. (www.oxfam.de/a_zusatzseite.asp?id=459)

2. Klimakonferenz mit enttäuschendem Ergebnis

Nach zwei Wochen Verhandlungen ist die Weltklimakonferenz in Poznan/Polen am 12. Dezember ohne eine politische Erklärung zu Ende gegangen. Die Vertreter von rund 190 Staaten konnten sich nicht auf mehr Geld für die Entwicklungsländer zur Bekämpfung des Klimawandels einigen. Ob und wie die bisherigen Mittel für einen Fonds für die Entwicklungsländer zur Anpassung an den Klimawandel aufgestockt werden, bleibt nun zunächst offen. Allerdings konnte eine Vereinbarung über einen erleichterten Zugang für Entwicklungsländer zu dem Anpassungsfonds erzielt werden. Die Konferenz in Poznan galt als das wichtigste Vorbereitungstreffen für die Klimakonferenz in Kopenhagen 2009, bei dem ein Nachfolgeabkommen für das im Jahr 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll verabschiedet werden soll. Zum Abschluss der Poznan-Konferenz vereinbarten die Verhandlungsführer einen Zeitplan für die Nachfolgekonzferenz, der die Vorlage eines ersten Verhandlungsentwurfs für Juni 2009 vorsieht. Keine Erfolge wurden bei Fragen der Emissionssenkung von Treibhausgasen und dem Schutz der Wälder erzielt. (http://unfccc.int/meetings/cop_14/items/4481.php)

Das Climate Action Network (CAN) kritisierte, dass vor allem die EU hinter ihrer vormals progressiven Rolle zurück geblieben ist. Deren Klima- und Energiepaket sei unzureichend, um das selbst gesteckte Ziel zur Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad, zu erreichen. Das Netzwerk bemängelte außerdem, dass die EU keine zusätzlichen konkreten Finanzierungszusagen für die Anpassung an den Klimawandel für Entwicklungsländer gegeben habe. (www.climatenetwork.org)

Germanwatch betonte, dass es zentralen Akteuren am politischen Willen mangle, um ein ambitioniertes globales Abkommen für die Zeit nach 2012 zu erreichen. Dies gelte insbesondere für viele Industriestaaten. Dabei böte gerade die Finanzkrise und die darauf folgenden Konjunkturprogramme die Möglichkeit, klimapolitische Anreize zu schaffen, so Vorstandsvorsitzender Klaus Milke. Germanwatch forderte daher einen „Green Deal“, der besonders von den USA, der EU und China getragen werden soll, um durch nachhaltige Investitionen der Finanzkrise zu begegnen und den Klimawandel zu bekämpfen. (www.germanwatch.org)

Oxfam kritisierte die rückwärtsgewandte Haltung der EU und der Bundesregierung. Das Fehlen von ausreichenden politischen Signalen der Industrieländer zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel sei besonders jetzt fatal, da viele südliche Länder gerade die Bedeutung des Klimaschutzes erkannt hätten. Sie müssten nun Unterstützung bei der Finanzierung und beim Technologietransfer erfahren, so Jan Kowalzig von Oxfam. (www.oxfam.de/a_611_presse.asp?id=363)

Kritisch kommentierten auch der EED und Brot für die Welt das zeitgleich zur Klimakonferenz in Brüssel verabschiedete EU-Klimapakete, das zahlreiche Ausnahmen vom kostenpflichtigen Erwerb von Emissionsrechten gerade für die besonders klimaschädlichen Kohlekraftwerke und eine Fristverlängerung für die Industrie zur vollständigen Einbeziehung in den Emissionshandel beinhaltet. In einer gemeinsamen Pressemitteilung werfen EED und Brot für die Welt der EU Versagen im Klimaschutz und einen Mangel an Verantwortung vor. Sie fordern eine umgehende Korrektur des Klimapaketes durch den Bundestag und das Europaparlament. (www.eed.de/de/de.col/de.col.d/de.sub.42/de.sub.news/index.html)

3. BMZ-Etat mit erheblichem Zuwachs

Zum Abschluss der Beratungen des Bundeshaushalts 2009 im Deutschen Bundestag konnte der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine erhebliche Erhöhung verbuchen. Der am 28. November verabschiedete Haushalt sieht für das Jahr 2009 eine Steigerung des BMZ-Etats um fast 700 Millionen Euro auf 5,81 Milliarden Euro vor. Damit wird der Etat um rund 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht – überproportional im Vergleich zu anderen Ministerien. Auch die Haushaltstitel, die für Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen (NRO) besonders relevant sind, weisen zum Teil erhebliche Steigerungen auf. So werden die Ausgaben für Private Träger der Entwicklungszusammenarbeit um 15,5 Prozent auf 38 Millionen Euro erhöht, die Mittel für den Zivilen Friedensdienst wachsen um rund 58 Prozent auf 30 Millionen Euro. Ebenfalls 30 Millionen Euro (plus 20 Prozent) stehen künftig für den Entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „weltwärts“ zur Verfügung, 129 Millionen (plus 41 Prozent) für die Not- und Übergangshilfe. Für die entwicklungspolitische Arbeit der Kirchen können im Jahr 2009 192 Millionen Euro (plus 6,6 Prozent) eingesetzt werden.

(www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Artikel/2008/07/2008-07-02-haushalt-2009-entwicklungszusammenarbeit.html)

In der abschließenden Bundestagsdebatte stellte Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul fest, dass es allen Unkenrufen zum Trotz gelungen sei, das Volumen der Mittel, die für Afrika bereitgestellt werden, zu verdoppeln. Iris Hoffmann (SPD) wies darauf hin, dass die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit seit 2005 um fast zwei Milliarden Euro erhöht worden seien. Für die FDP kritisierte Hellmut Königshaus eine zunehmende Zersplitterung im Entwicklungsbereich. Die Gelder für Entwicklungshilfe seien auf zu viele Ministerien verteilt. Thilo Hoppe (Bündnis 90/Die Grünen) stellte fest, dass im nächsten Jahr drei Milliarden Euro „draufgesattelt“ werden müssten, wenn man das zugesagte Ziel, im Jahr 2010 0,51 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen, noch erreichen will. Jochen Borchert (CDU/CSU) betonte, dass Kohärenz in der Entwicklungspolitik der Bundesregierung nie so wichtig sei wie heute: Entwicklungspolitik sei eine echte Querschnittsmaterie und ein wichtiger Baustein globaler Strukturpolitik. Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE) erklärte, nur 1,7 Prozent des Finanzvolumens der Bürgschaften, die Deutschland, England und Frankreich zur Rettung der Banken aufbrachten, würden ausreichen, um den Hunger in der Welt zu beseitigen. Mehrere Redner betonten die zunehmend wichtige Rolle zivilgesellschaftlicher Gruppen, der Kirchen und der Politischen Stiftungen für die Entwicklungszusammenarbeit. Dies habe sich in einer Erhöhung der entsprechenden Haushaltstitel niedergeschlagen.
(www.bundestag.de/bic/plenarprotokolle/pp_pdf/16189.pdf)

4. 60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

60 Jahre nach der Verabschiedung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wurde am 10. Dezember der internationale Tag der Menschenrechte begangen. NRO betonten die Bedeutung der Menschenrechte für die Armutsbekämpfung.
(www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.htm)

In einer gemeinsamen Erklärung kritisierten zahlreiche NRO, darunter attac, FIAN und terre des femmes die mangelnde Umsetzung der sozialen und politischen Menschenrechte weltweit. Trotz genügend materiellen Reichtums zur Realisierung der Menschenrechte, ständen Konzerne, politische Eliten und reiche Individuen, die von der Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums profitierten, ihrer Umsetzung noch immer im Wege. Das Bündnis fordert daher neben der rechtlichen Anerkennung unbedingter Teilhaberechte eine grundlegende Neuordnung des globalen Finanz- und Handelssystems, eine am Konzept der Ernährungssouveränität ausgerichtete Agrarpolitik, einen Ausbau der sozialen Infrastruktur, einen angemessenen Mindestlohn und ein ausreichendes Mindesteinkommen für alle Menschen.

(www.attac.de/aktuell/presse/detailsicht/datum/2008/12/08/menschenrechte-als-unbedingte-teilhaberechte/?cHash=c13682546a)

Das katholische Hilfswerk MISEREOR machte darauf aufmerksam, dass die Menschenrechtserklärung unverzichtbar bei der Armutsbekämpfung ist. In Fällen, in denen die Menschenrechte nicht geachtet würden, könnten beispielsweise große Infrastrukturprojekte zur Vertreibung und weiteren Verarmung von Bevölkerungsteilen führen. Auch die Verletzung des Menschenrechts auf Nahrung durch eine ungerechte Verteilung zeige die enge Verbindung beider Bereiche. Armut sei sowohl Ursache als auch Folge von Menschenrechtsverletzungen. Daher fordert das Hilfswerk eine in allen Bereichen kohärente und an internationalen

Menschenrechtsstandards orientierte Politik. (www.misereor.de/presse/detailansicht-presse/article/60-jahre-allgemeine-erklaerung-der-menschenrechte.html)

Das BMZ erklärte, dass sich Deutschland zur Verwirklichung der Menschenrechte in der Entwicklungszusammenarbeit verpflichtet und menschenrechtliche Prinzipien systematisch in den Länder- und Sektorpolitiken des BMZ verankert hat. Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul mahnte anlässlich des Jahrestages die Einhaltung der Menschenrechte weltweit an und stellte fest, dass der Schutz der Menschenrechte auch 60 Jahre nach ihrer Verkündung eine „riesige Aufgabe“ bleibt und die Menschenrechte als solches Grundlage der Arbeit des BMZ und unverhandelbar sind.

(www.bmz.de/de/presse/pm/2008/dezember/pm_20081209_119.html)

5. Bioenergie in der Diskussion

Verpflichtende Nachhaltigkeitsstandards sollen sicherstellen, dass die Gewinnung von Energie aus Biomasse weder die Ernährungssicherheit, noch Natur- und Klimaschutzziele gefährdet. Zu dieser Empfehlung kommt der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in seinem Gutachten **„Welt im Wandel – zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung“**, das sich mit den umwelt- und entwicklungspolitischen Auswirkungen der Bioenergie-Nutzung beschäftigt. Unter der Voraussetzung nachhaltiger Nutzung liegt in der Verbreitung moderner Bioenergieformen dem Bericht zufolge ein großes Potenzial für die Armutsbekämpfung. Die Entwicklungszusammenarbeit könne einen wichtigen Beitrag durch die Unterstützung länderspezifischer nachhaltiger Bioenergiestrategien leisten, müsse diese jedoch eng mit Strategien zur Ernährungssicherung verknüpfen. Das Gutachten spricht sich für den raschen Ausstieg aus der Förderung von Agrartreibstoffen aus und wendet sich gegen die derzeit im Bundestag verhandelte Beimischungsquote zur verpflichtenden Mindestbeimischung von Agrartreibstoffen in Deutschland.

(www.wbgu.de/wbgu_jg2008.html)

In einer gemeinsamen Erklärung positionierten sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu dem Gutachten. Während Bundesumweltminister Gabriel und Bundesforschungsministerin Schavan erklärten, dass die zentralen Empfehlungen des WBGU-Gutachtens durch ihre Häuser bereits aufgegriffen worden seien, begrüßte die Parlamentarische Staatssekretärin des Bundesentwicklungsministeriums Karin Kortmann die gemeinsame Bewertung umwelt- und entwicklungspolitischer Auswirkungen von Bioenergie. Dabei werde sehr deutlich, dass Anstrengungen zur Verringerung von CO₂ nicht zu Armut, Hunger, Umweltzerstörung und dem Verlust von Artenvielfalt in der Welt führen dürfen. Das Recht auf Nahrung wiegt schwerer als das Recht auf Mobilität.

(www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/42702.php)

Die geplante Beimischungsquote ist auch Gegenstand der Kritik zahlreicher NRO und Umweltverbände. So haben Brot für die Welt, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Greenpeace, MISEREOR und Oxfam in einer gemeinsamen Erklärung den Bundestag aufgefordert, das Biokraftstoff-Quotengesetz abzulehnen. Das Gesetz sieht eine verpflichtende

Mindestbeimischung von Agrartreibstoffen in Deutschland vor. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen kritisieren, dass die Beimischung von Agrartreibstoffen den Abbau von natürlichen Ressourcen in Entwicklungsländern vorantreibt, die Konkurrenz zum Anbau von Nahrungsmitteln erhöht und den Ausbau der Nutzung von Elektroenergie aus erneuerbaren Energiequellen behindert.

(www.misereor.de/presse/detailansicht-presse/article/umweltverbaende-und-hilfswerke-lehnen-beimischung-von-biosprit-ab.html)

6. Neue Initiativen für Geschlechtergerechtigkeit gefordert

Jährliche Investitionen in Höhe von 13 Milliarden Dollar sind erforderlich, um das dritte Millenniumsziel zur Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit und dem Empowerment von Frauen bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Zu diesem Schluss kommt ein gemeinsamer Bericht der Weltbank und der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit dem Titel „**Equality for Women: Where do we stand on Millennium Development Goal 3?**“. Der bereits Ende September dieses Jahres veröffentlichte Bericht zeigt auf, dass sich die Gesundheits- und Bildungssituation von Frauen in den meisten Ländern der Welt verbessert hat. Im Bereich ihrer politischen und ökonomischen Teilhabemöglichkeiten sind jedoch nur geringe Fortschritte zu verzeichnen. Angesichts der sehr eng gefassten Indikatoren zur Messung der Fortschritte von MDG 3 schlägt der Bericht einen sogenannten „MDG3 plus“-Ansatz vor: Zusätzlich zu den bisher verwendeten Indikatoren misst dieser Ansatz geschlechtsspezifische Raten von Schulabschlüssen, Zugang zu Verhütungsmitteln, Fruchtbarkeitsraten, Erwerbsarbeitsbeteiligung, sowie tägliche Arbeitsstunden. Finanzielle Anreize für Geschlechtergerechtigkeit könnten einen wichtigen Beitrag zur Veränderung sozialer Normen leisten, die oftmals die Grundlage für Geschlechterungleichheiten bilden. (web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:21912680~pagePK:34370~piPK:34424~theSitePK:4607,00.html)

7. Weltaidstag

Anlässlich des diesjährigen Welt-Aids-Tages machte am 1. Dezember das UN-Programm gegen HIV/Aids (UNAIDS) darauf aufmerksam, dass es trotz einiger Fortschritte in der Forschung und Behandlung von HIV/Aids immer noch keine Heilung für die Immunschwächekrankheit gibt und die Zahl der Infizierten weiter steigt. Nach Angaben von UNAIDS sind weltweit etwa 33 Millionen Menschen infiziert, zwei Drittel von ihnen leben in Afrika südlich der Sahara. Jährlich kommen weltweit drei Millionen Neuinfektionen hinzu. Frauen sind vor allem in Afrika überproportional von Infektionen betroffen. UNAIDS verweist daher auf die Notwendigkeit, die Anstrengungen zur Bekämpfung der Pandemie zu verstärken. Peter Piot, Geschäftsführer von UNAIDS, warnte vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrise vor einem Rückgang des finanziellen Engagements im Kampf gegen die Pandemie.

(www.weltaidstag.com;

www.unaids.org/en/KnowledgeCentre/HIVData/GlobalReport/2008/2008_Global_report.asp)

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul erklärte zum Weltaidstag, dass die weltweite Ausbreitung der HIV-Epidemie weiterhin eine der größten entwicklungspolitischen Herausforderungen darstelle. Ihre Bekämpfung sei eine

wichtige Aufgabe für die Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung und für die internationale Gemeinschaft. Auf der internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Doha hat Wieczorek-Zeul die Industrieländer aufgefordert, Schuldenerlasse zur HIV/Aids-Bekämpfung einzusetzen. Die durch die Entschuldung freiwerdenden Mittel sollen für den Kampf gegen die Krankheit genutzt werden.

(www.bmz.de/de/presse/pm/2008/dezember/pm_20081201_116.html)

Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF weist in seinem Bericht „Children and AIDS - Third Stocktaking Report“ darauf hin, dass besonders Kinder in Entwicklungsländern von dem HI-Virus betroffen sind. So stirbt jedes zweite seit der Geburt infizierte Kind vor dem dritten Lebensjahr. UNICEF fordert bessere Test- und Behandlungsmöglichkeiten für Neugeborene und Jungen und Mädchen. (www.unicef.de/fileadmin/content_media/AIDS/StocktakingReport08_Full_FINAL_18_Nov_08.pdf)

8. Lohnungleichheit wächst weltweit

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) veröffentlichte im November ihren „**Global Wages Report 2008/2009**“. Darin warnt die Organisation vor Einbußen bei den Löhnen von Millionen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in aller Welt aufgrund der globalen Wirtschaftskrise. Besonders ärmere Haushalte seien von den sinkenden Reallöhnen betroffen. Weiterhin kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass die Kluft zwischen den höchsten und den niedrigsten Löhnen seit 1995 in über zwei Dritteln aller untersuchten Länder gewachsen sei. Diese Lohnungleichheiten haben mitunter ein sozial unhaltbares Maß erreicht und sind besonders hoch in den Entwicklungsländern Argentinien, China und Thailand. Trotz leichter Annäherungen ist das Lohngefälle auch zwischen den Geschlechtern nach wie vor sehr hoch. In den meisten Ländern erreichten die Löhne von Frauen nur zwischen 70 und 90 Prozent der Löhne ihrer männlichen Kollegen. ILO-Generaldirektor Somavia erklärte anlässlich der Veröffentlichung des Berichts, dass die Legitimität der Globalisierung von ihrem fairen Ergebnis abhängt. Ein zentraler Bestandteil dieser Fairness sei, dass erwerbstätige Frauen und Männer einen fairen Anteil des von ihnen erwirtschafteten Reichtums erhalten.

(www.ilo.org/global/What_we_do/Publications/lang--en/docName--WCMS_100786/index.htm)

Kurz notiert:

Seit kurzem gibt die Weltbank unter Führung von Shanta Devarajan, Chef-Ökonom für Afrika, einen neuen Afrika-Blog heraus. Ziel dieses Blogs ist es, themenübergreifend sowohl spezifische Informationen zu einzelnen Ländern vor allem Subsahara-Afrikas bereit zustellen, als auch überregionale Schwerpunkte zu verfolgen. (<http://africacan.worldbank.org>)

Internationale Absichtserklärungen zur Entwicklung Afrikas lassen sich ab sofort in der neuen Datenbank Commit4Africa überprüfen. Commit4Africa trägt alle relevanten Originaldokumente der beteiligten Akteure und ihre Kurzfassungen zusammen und ermöglicht so die Messung der Umsetzungsfortschritte der gemachten Zusagen.

(www.commit4africa.org/)

Termine

15. Januar 2009, Universität Hohenheim, Brot für die Welt

Brot und Sprit – Perspektiven nachhaltiger Mobilität

Symposium

Informationen unter:

[www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/Flyer Brot und Sprit 2 Fassung.pdf](http://www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/Flyer_Brot_und_Sprit_2_Fassung.pdf)

28. Januar 2009, Hamburg, Diakonisches Werk Hamburg, EED

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt – Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte, Präsentation der Studie und Podiumsdiskussion

Informationen unter:

www.eed.de/fix/files/doc/081216_einladung_HH.pdf

11. Februar 2009, Berlin, Action for Global Health, Welthungerhilfe, terre des hommes

Effective Aid Effectiveness? Die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Primary Health Care

Konferenz

Informationen bei stephan.kreischer@welthungerhilfe.de

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: berlin@venro.org

Internet: www.2015.venro.org

Redaktion: Claus Körting & Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Anna Marquardt

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung